



## **Inhalt**

1.	Das Zypernproblem .....	2
2.	Gasvorkommen.....	5
3.	Griechische Zyprioten .....	5
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	5
	Innenpolitische Entwicklungen .....	6
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften .....	6
4.	Türkische Zyprioten .....	8
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	8
	Beziehungen zur Türkei .....	8
	Innenpolitische Entwicklungen .....	10
	Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften .....	10
5.	FES Zypern Veranstaltungen.....	11

## **FES NEWS**

– bitte folgen und besuchen Sie uns auf –  
[@FESCyprus](https://twitter.com/FESCyprus) - [www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org)  
[www.facebook.com/FEScyprus](https://www.facebook.com/FEScyprus)

## 1. Das Zypernproblem

Im Oktober starteten der griechisch-zypriotische Volksgruppenvertreter Nicos Anastasiades und sein türkisch-zypriotischer Amtskollege Mustafa Akinci eine neue Phase intensiver Verhandlungen. In dieser intensiveren Phase sollen die verbliebenen Differenzen überbrückt und Konvergenzen in den Bereichen Governance und Machtteilung, Eigentum, Wirtschaft und EU-Fragen geschaffen werden, um die nächste, kritische Phase einzuleiten, in der territoriale Fragen verhandelt werden sollen. Diese neue Phase folgt einem Treffen der beiden Volksgruppenvertreter mit dem UN-Generalsekretär Ban Ki Moon im September.

Die Volksgruppenvertreter trafen sich am 4., 5., 7., 13., 16., 17., 24. und 26. Oktober. Auf dem Treffen vom 5. Oktober wurde das Kapitel Außenbeziehungen des föderalen Staates diskutiert und Fortschritte erzielt. Das Unterkapitel über den Abschluss internationaler Verträge durch die Teilstaaten wurde laut Anastasiades abgeschlossen. Am 13. Oktober wurden weitere Konvergenzen hinsichtlich Regierungsbeteiligung, Entscheidungsprozesse und zukünftige Verfassungsänderungen erzielt. Auf dem Treffen vom 16. Oktober wurden Fragen im Zusammenhang mit der Staatszugehörigkeit wie z.B. rechtmäßiger Aufenthalt, Grundrechte und Wahlberechtigungen besprochen. In diesen Fragen scheint größtenteils Übereinstimmung zu herrschen. Aufgrund der bisherigen Fortschritte einigten sich beide Seiten am 17. Oktober darauf, territoriale Fragen auf einer gesonderten Konferenz an einem Ort außerhalb Zyperns zwischen dem 7. und 11. November zu

verhandeln. Auf dem Treffen vom 26. Oktober einigte man sich auf Mont Pelerin in der Schweiz als Verhandlungsort. Beide Volksgruppenführer wollen damit verhindern, dass Informationen an die Öffentlichkeit durchsickern, um größeren politischen Schaden zu verhindern.

Für eine Lösung des Zypernproblems sind die territorialen Anpassungen von entscheidender Bedeutung. Zwischen den beiden Seiten bestehen grundlegende Meinungsverschiedenheiten. Die griechischen Zyprioten bestehen auf eine Rückgabe von Morphou unter griechischer Verwaltung, was wiederum die Türkei und die türkischen Zyprioten ablehnen. Die Verhandlungen über Gebietsansprüche könnten demnach im schlimmsten Fall zu einem Abbruch der Gespräche führen.

Während separater Treffen der amerikanischen Unterstaatssekretärin für Europa und Eurasian, Victoria Nuland, mit Akinci und Anastasiades am 13. Oktober standen die Themen Sicherheit und Garantien im Zentrum der Gespräche. -Es ging vor allem darum, bestehende Differenzen bei den genannten Themen zu überbrücken. Laut Presseberichten habe Anastasiades Nuland gegenüber klar zu verstehen gegeben, dass im Falle einer Lösung die griechisch-zypriotische Seite die Türkei nicht als Garantiemacht für ein föderales Zypern akzeptieren werde. Man sei auch gegen eine türkische Militärbasis auf der Insel. Laut Akinci sei die Tatsache, dass ein föderales Zypern auch EU-Mitglied sei, kein Grund für die Annahme, dass es keiner Garantien oder Sicherheiten bedürfe.

Auf eine Bemerkung des griechischen Premierministers Alexis Tzipras reagierend erklärte Akinci, dass die Anzahl der Truppen, die nach einer Lösung auf der Insel blieben, gering wäre. Allerdings habe man sich noch nicht auf eine genaue Anzahl geeinigt. Er fügte ferner hinzu, dass auch die türkischen Zyprioten keine 40.000 Mann starke Truppe auf der Insel haben wollten. Man würde die Anzahl bei den Gesprächen zur Sicherheit und Garantien diskutieren und sich einigen. Sobald eine Einigung erreicht sei, würden die Truppen nach und nach die Insel verlassen. Aus seiner Perspektive würde dies zu einem Lösungsprozess beitragen. Sollten allerdings weder Zugeständnisse in der Frage einer türkische Militärpräsenz, der Türkei als Garantiemacht und damit der Sicherheit der türkischen Zyprioten geben, dann sei es unmöglich ein Abkommen zu erreichen.

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, bekräftigte, dass die EU eine Wiedervereinigung Zyperns begrüßen würde. Dies äußerte er bei der Eröffnungsfeier der Fotoausstellung „Beneath the Carob Trees: The lost lives of Cyprus“ („Unter dem Johannisbrotbaum: die verlorenen Leben Zyperns“) in Brüssel. Die EU wäre solange nicht vollständig, ehe nicht die gesamte Insel ein Teil von ihr ist. Die Wiedervereinigung Zyperns bringe diejenigen zusammen, die zusammen gehören.

Jean-Claude Juncker, der Präsident der Europäischen Kommission, sagte bei diesem Anlass den beiden Führern für die Verhandlungen ebenfalls seine Unterstützung zu. Er gab zu verstehen, dass auf die jetzige Gelegenheit keine weitere Chance folgen werde.

Am 25. Oktober überreichte Sir Stelios Hadjiannou an griechische und türkische Zyprioten insgesamt 50 Preise über jeweils 10.000 Euro. Damit will seine gemeinnützige Stiftung zur Verbesserung der bikommunalen Beziehungen und zu dauerhaftem Frieden beitragen. Die Teilnehmerzahl dieses Jahr überstieg alle Erwartungen: die Zahl der teilnehmenden Teams verdoppelte sich auf 215. Dies stellt einen neuen Rekord dar. Seit der Einführung der Preise im Jahr 2009 vergab die Stiftung insgesamt zwei Millionen Euro an bikommunale Projekte.

Der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Ramon Luis Valcarcal, forderte die Europäische Kommission am 25. Oktober dazu auf, die Schätzungen der Kosten bezüglich einer umfassenden Lösung des Zypernproblems zu veröffentlichen. Des Weiteren erkundigte er sich über Veränderungen in der Strategie der Europäischen Union hinsichtlich der Rückgabe enteigneten Eigentums, um deren Arbeit effektiver zu gestalten. Im Rahmen des Verhandlungsprozesses stellt die Kommission technische und politische Unterstützung zur Verfügung. Nach wie vor gibt es keine konkreten Zahlen hinsichtlich einer Lösung, da sowohl der Internationale Währungsfond wie auch die Weltbank der Zugang zu den Daten der Banken im Norden<sup>1</sup> verwehrt wird. Die Frage wird noch

---

<sup>1</sup> Die Türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt. Während für die Türkei und die türkischen Zyprioten Mustafa Akinci der rechtmäßige Präsident der TRNZ ist, betrachtet ihn die internationale Staatengemeinschaft als den Volksgruppenvertreter der türkischen Zyprioten. Da die Regierung der Republik Zypern als die Regierung für

dadurch verkompliziert, dass es weiterhin keine Einigung über den wahren Wert des enteigneten Eigentums im Falle einer Rückgabe, eines Tausches oder einer Kompensationszahlung gibt. Die griechisch-zypriotische Seite will den derzeitigen Marktwert als Grundlage nehmen, während die türkischen Zyprioten den Wert aus dem Jahr 1974 als Basis verwenden möchten.

Während eines offiziellen Besuchs in Zypern am 27. Oktober sagte die Hohe Kommissarin für Außenbeziehungen und Sicherheit der EU, Federica Mogherini, dass eine Mitgliedschaft in der EU der beste Garant für Sicherheit und Garantieforderungen für das Land sei. Mogherini kam nach Zypern, um sich mit verschiedenen hochrangigen Politikern und Diplomaten zu treffen. Als Höhepunkt fanden separate Treffen mit beiden Volksgruppenvertretern statt.

Während seines eintägigen Besuchs in Moskau besprachen der zypriotische Außenminister Ioannis Kasoulides und sein russischer Amtskollege Sergei Lavrov unter anderem das Zypernproblem. Lavrov sprach sich gegen die Versuche der UN und der Vereinten Staaten aus, die Gespräche zeitlich zu begrenzen und eine Lösung erzwingen zu wollen, welche von allen beteiligten Parteien abgelehnt würden. Des Weiteren betonte der russische Außenminister, dass sein Land die Resolutionen des UN-Sicherheitsrates auf der Basis der bisherigen Vereinbarungen beider Seiten unterstütze.

---

die gesamte Insel betrachtet wird, ist die gesamte Insel Teil der Europäischen Union. Der Acquis Communautaire ist im Norden jedoch so lange ausgesetzt, bis eine Lösung der Zypernfrage zustande kommt (siehe Protokoll Nr. 10 des Beitrittsvertrages.).

Hinsichtlich des Sicherheitsaspektes betonte Lavrov, dass sich die türkischen und griechischen Zyprioten einigen müssten und Russland eine von beiden Seiten getroffene Einigung oder Position respektieren werde.

Die Europäische Kommission hat ein neues Finanzhilfeprogramm über 33 Millionen Euro für die türkischen Zyprioten bewilligt. Diese erneute Förderung ist die Fortsetzung eines erfolgreichen EU-finanzierten Programms. Es zielt auf die ökonomische Integration der türkischen Zyprioten in die EU ab.

33 zivilgesellschaftliche Organisationen, die eine föderale Lösung auf Zypern befürworten, haben sich zusammengeschlossen und die *Solution and Peace* Plattform gegründet. Gemäß einer Erklärung von Orkan Dagli im Namen der Plattform ist es ihr erklärtes Ziel, in beiden Gemeinschaften aktive Arbeit auf der Insel zu leisten, um eine Lösung und dauerhaften Frieden voranzutreiben. Dagli betonte noch einmal, dass es keine Alternative zu einer föderalen Regelung gäbe.

Am 16. Oktober protestierte die Plattform „We won't give an Inch of Land“ (frei: Wir werden keinen Zentimeter Boden hergeben) in der Zodia/Bostanci Region um ihre Meinung kund zu tun, dass im Falle einer Einigung die Morphou Region nicht an die griechischen Zyprioten zurückgegeben werden solle. Mustafa Caluda sagte im Namen der Plattform, dass sie absichtigen, der griechisch-zypriotischen Kirche und der griechisch-zypriotischen Führung, welche das Recht auf Territorien der TRNZ beanspruchen, zu verstehen zu geben, dass jeglicher

Rechtsanspruch auf Territorien von griechisch-zypriotischer Seite, der unter Verwaltung der TRNZ steht, nicht akzeptiert werden würde. Caluda forderte Akinci dazu auf, bei den Gesprächen standfest zu bleiben und sicherzustellen, dass Morphou unter türkisch-zypriotischer Verwaltung bleibe. Mehr als 100 Menschen beteiligten sich an dem Protest. Menschen verließen ihre Häuser und applaudierten den Demonstranten. Die Gruppe wurde zudem von 21 Organisationen unterstützt sowie vom ehemaligen Finanzminister und Parlamentsabgeordneten des Senior Koalitionspartner UBP, Ersin Tatar, und einem weitere Abgeordneten der UBP, Zorlu Tore.

## 2. Gasvorkommen

Am 6. Oktober unterzeichneten die Öl- und Gasdienstleister Total und EDT eine Vereinbarung über logistische Dienstleistungen im Hafen von Limassol zur Unterstützung der Bohrarbeiten von Total. Total hat eine Konzession für den vor der Küste Zyperns gelegenen Block 11 und plant die ersten Bohrungen für den April nächsten Jahres. Es ist jedoch möglich, dass die Vereinbarung nicht in Kraft tritt, da sie eine Monopolklausel für jene Bereiche beinhaltet, die bereits von der zypriotischen Hafenbehörde an das Konsortium GAP Vassilopoulos und DP World vergeben wurde. Total kann daher nicht auf Limassol als Operationsbasis zurückgreifen. Derweil haben das italienische Unternehmen ENI und die amerikanische Firma Nobel davor gewarnt, dass sie, gesetzt den Fall, dass die Anlagen der Firma Medserv im Hafen von Lar-

naca nicht weiter benutzt werden könnten, ihre Operationsbasis entweder nach Port Said in Ägypten oder nach Haifa in Israel verlegen würden. Sollte die Regierung keine Einigung mit ENI und Noble erzielen und deren Operationsbasis verlegt werden, würde dies noch weitere zypriotische Firmen außer Medserv betreffen. ENI und Noble wurden dazu aufgefordert, ihre Anlagen in den Hafen von Limassol zu verlegen, nachdem die Stadtverwaltung von Larnaca Bedenken über die Umweltverträglichkeit zum Ausdruck gebracht hatte.

## 3. Griechische Zyprioten

### Wirtschaftliche Entwicklungen

In einer schriftlichen Erklärung legte der Internationale Währungsfond am 4. Oktober dar, dass die zypriotische Wirtschaft im Jahr 2015 mit einem Wachstum von 1,7% aus einer langen Rezession herausgekommen ist, Für diese Jahr rechnet die Regierung mit einer Rate von 2,8%, während sich das Wachstum im nächsten Jahr auf 2,2% abschwächen werde. Das Konjunkturwachstum für 2016 soll zur Minderung der Arbeitslosenrate beitragen. Mit einer Arbeitslosenrate von 14,9% im letzten Jahr und einer Rate von 13% in diesem Jahr soll sie auf 11,6% für das Jahr 2017 absinken. Laut der zypriotischen Nachrichtenagentur erwartet Wirtschaftsminister Harris Georgiades in diesem Jahr ein Wirtschaftswachstum von bis zu 3%, nachdem das Wachstum für 2015 auf 1,7% berichtet worden war. Mittelfristig soll die Wachstumsrate zwischen 2,5% und 3% liegen.

Die Ratingagentur Fitch erhöhte Zyperns Bewertung von B+ auf BB- mit positivem Ausblick basierend auf den beträchtlichen Fortschritten im Rahmen des Anpassungsprogramms nach der Bankenkrise im Jahr 2013. Die Banken bleiben jedoch weiterhin schwach und seien weiterhin ein Risiko für die wirtschaftliche Stabilität aufgrund des großen Umfangs der notleidenden Kredite.

Laut des statistischen Dienstes konnte die Regierung für den Zeitraum von Januar bis September einen Haushaltsüberschuss von 142,8 Millionen Euro auf Kassenbasis verzeichnen. Im Vorjahrszeitraum lag der Haushaltsüberschuss bei 100,8 Millionen Euro. Die Verbesserung der öffentlichen Finanzen ist auf verstärkte Einnahmen zurückzuführen, welche in den ersten acht Monaten dieses Jahres im Vergleich zum Vorjahreszeitraum erzielt werden konnten. Sie nahmen um 98 Millionen Euro zu und liegen nun knapp unter 4,8 Milliarden Euro.

### **Innenpolitische Entwicklungen**

Am 26. Oktober stimmte das Kabinett einem Vorschlag des Innenministeriums zu, wonach die Amtszeit der gewählten Gemeindevertreter um zweieinhalb Jahre verlängert werden soll. Somit würden sich die für den 18. Dezember geplanten Wahlen verschieben. Innenminister Socratis Hasicos begründete dies damit, dass die Ausarbeitung eines Gesetzes zur Reform der Kommunalverwaltungen weit fortgeschritten sei. Dies beinhalte auch die Reduzierung der Zahl der Kommunalverwaltungen von 30 auf 22 innerhalb der nächsten drei Jahre. Das Parlament muss den von der Regierung vorgelegten

Gesetzesvorschlag spätestens bis zum 4. November verabschieden, da die Kandidaten an diesem Tag ihre Bewerbung abgeben müssen. Die letzten Kommunalwahlen fanden 2011 statt. Kurz nach der Bekanntmachung verkündeten die beiden stärksten Oppositionsparteien AKEL und DIKO, dass sie dem Gesetzesvorschlag nicht zustimmen werden.

Ab dem 30. Oktober wird Nikosia nicht nur die einzige geteilte Hauptstadt, sondern auch weltweit die einzige Stadt dieser Größenordnung sein, die zwei Zeitzonen hat. Von diesem Tag an existiert eine Stunde Zeitunterschied zwischen dem nördlichen und dem südlichen Teil der Insel, wobei die türkischen Zyprioten eine Stunde voraus sind. In einem Tweet kommentierte Präsident Anastasiades auf griechisch wie auch auf türkisch, dass Zypern hinsichtlich der Zeit geteilt, jedoch in der Hoffnung vereint sei. Anastasiades nahm an einer Kampagne teil, die von griechischen und türkischen Zyprioten in den sozialen Medien initiiert worden war, um mit Hilfe von Facebook und Twitter gegen die Entscheidung des Nordens, der Türkei zu folgen, und die Sommerzeit beizubehalten, zu protestieren.

### **Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften**

In einer Erklärung forderte der Arbeitgeberverband OEB dazu auf, die Gehälter im öffentlichen Dienst für weitere zwei Jahre einzufrieren. Laut OEB sei die Wirtschaft noch immer gefährdet und mit dieser Maßnahme müsse zu ihrem Schutze beigetragen werden.

Laut Angaben von Eurostat ist die Einkommensungleichheit im Jahre 2015, gemessen mit dem Gini Koeffizienten, mit einer Rate von 33,6% noch immer sehr hoch. Seit 2008 verzeichnet Zypern die größte Zunahme bei der Einkommensungleichheit innerhalb der EU. Derzeit sind 28,0% der Bevölkerung von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht.

Die Behörde für Personalentwicklung HRDA veröffentlichte eine Erklärung, die besagt, dass eine Beschäftigungsrate von 75% bis 77% für das Jahr 2020 unmöglich erreicht werden könne. Die Beschäftigungsrate liegt derzeit bei 67,9% und konnte im Vergleich zu 2014 nur eine minimale Erhöhung verzeichnen. Laut HRDA gibt es in Zypern auch Defizite in den Bereichen der Aus- und Weiterbildung.

In einer Erklärung anlässlich des weltweiten Tages zur Beseitigung von Armut kritisierte die Gewerkschaft PEO die zypriotische Austeritätspolitik. Aufgrund dieser Politik lebten 240.000 Menschen an der Armutsgrenze, 139.000 hätten eine mangelnde Grundversorgung und 30.000 hätten sich zur Auswanderung entschlossen und die Kaufkraft durch Gehälter um 18 Jahre zurückgeworfen worden. Des Weiteren sei die Arbeitslosenrate im allgemeinen, besonders jedoch die Jugend- und Langzeitarbeitslosenrate besorgniserregend hoch. Außerdem kritisierte PEO die Einschnitte im Gesundheits- und Bildungswesen. Die Gewerkschaft nahm auch an einem von der „Bewegung gegen Zwangsvollstreckungen“ organisierten Protest teil.

Der Vorsitzende der PEO, Pambis Kyritsis, wurde in seinem Amt als Vize-Präsident des Weltgewerkschaftsbundes während des 17. Kongresses in Südafrika bestätigt. An dem Kongress nahmen auch die türkisch-zypriotischen Verbände WGB, DEV-IS, KTAMS, KTOS und KOOO-SEN teil.

Der ungelöste Konflikt zwischen der Gewerkschaft der Grundschullehrer POED und der Regierung hinsichtlich der Sonderverträge für neu eingestellte Lehrer konnte auch im Oktober nicht beigelegt werden. POED führte die angeordnete stundenweise Arbeitsniederlegung an verschiedenen Tagen in verschiedenen Orten durch. PEO unterstützt POED in dieser Frage, da die Haltung der Regierung ein schlechtes Beispiel für die private Wirtschaft abgibt.

Der ungelöste Konflikt zwischen der Gewerkschaft des medizinischen Pflegepersonals PASINO und der Regierung dauert trotz der Gespräche zwischen beiden Seiten weiterhin an. PASINO behauptet, dass der Dialog durch die Regierung untergraben werde, und, dass die Gewerkschaft die Einführung unterschiedlicher Angestelltenverhältnisse nicht akzeptieren werde. Weiterhin werde die Autonomisierung der Krankenhäuser bekämpft, falls keine angemessenen Beschäftigungsverhältnisse geschaffen würden. PASINO sei grundsätzlich nicht gegen eine Änderung, fordert aber, dass die Reformen die Gesundheitsfürsorge und die das Wohl aller Bürger verbessern müssen. Auch müssten die Rechte des medizinischen Personals respektiert werden.



180 medizinische Pflegekräfte, die Mitglieder von PASINO sind, haben Klage eingereicht, um als unbefristete Angestellte anerkannt zu werden. Im Mai 2016 hatte ein Gericht den Status eines Gewerkschaftsmitgliedes als unbefristeten Angestellten rückwirkend anerkannt. Die Mitglieder von PASINO verlangen ebenfalls die noch ausstehende Rückzahlung einer 10%igen Gehaltskürzung, die ihnen nach einer Dienstzeit von 24 Monaten zustehe.

83 Angestellte der Hafenbehörde werden im Rahmen der Privatisierung freiwillig aus ihrem Beruf ausscheiden. Als Gegenleistung werden die Angestellten Ende Januar 2017 eine Abfindung erhalten.

Die als moderat zu charakterisierende Wiedereinstellung von Personal im öffentlichen Dienst, zusammen mit der hohen Arbeitslosenrate und den niedrigen Gehältern in der Privatwirtschaft, hat den Wettbewerb um Stellen im öffentlichen Dienst verschärft, obwohl sich die Arbeitsbedingungen als Folge der Austeritätspolitik und dem „Memorandum of Understanding“ verschlechtert haben. Auf 20 Stellen, die vor kurzem im öffentlichen Dienst angeboten worden sind, haben sich 7.336 Bewerber beworben.

Die kooperativen Banken haben 128 Arbeitnehmer neu eingestellt, um die Stellen zu besetzen, die in der Folge der freiwilligen Vorruhestandsregelung vakant geworden waren. Die Gehälter der neuen Angestellten sind durchschnittlich 30% höher als jene der alten Angestellten. Der Generalrechnungsprüfer hat damit begonnen, diesen Sachverhalt zu prüfen.

## 4. Türkische Zyprioten

### Wirtschaftliche Entwicklungen

Wie die Tageszeitung Kibris berichtete, sind die Benzinpreise im Norden in den letzten sechs Jahren um mehr als zwei Drittel gestiegen, während sich die Preise auf dem Weltmarkt im gleichen Zeitraum nur um 36% erhöht haben. Der letzte von der Regierung festgelegte Anstieg wurde von den Konsumenten vor dem Hintergrund fallender Ölpreise heftig kritisiert.

### Beziehungen zur Türkei

Im Oktober fanden eine Reihe bilateraler Treffen mit der Türkei statt, welche man als ein Zeichen des zunehmenden Einflusses der Türkei auf beinahe jeden Lebensbereich der TRNZ werten kann.

Die TRNZ und die Türkei unterzeichneten einen Vertrag, der die Verlegung eines Unterwasser-Stromkabels vorsieht, welches es der Türkei erlaubt, Strom in den Norden der Insel zu exportieren. Das Rahmenabkommen wurde am Dienstag den 11. Oktober am Rande des 23. Weltenergiekongresses in Istanbul unterzeichnet. In einer Erklärung betonte der türkisch-zypriotische Energieminister Sunat Atun, dass die Vereinbarung der TRNZ nicht nur durch die Elektrizitätsversorgung, sondern auch Gaslieferungen verbinde. Während die türkisch-zypriotische Industrie- und Handelskammer diese Vereinbarung begrüßte, waren die Oppositionsparteien und Gewerkschaften skeptisch und erinnerten an die Fehler, die im Zusammenhang



mit dem Transport von Wasser aus der Türkei gemacht worden waren.

Akinci nahm ebenfalls an dem Weltenergiekongress in Istanbul sowie an dem Energiegipfel der Staats- und Regierungschefs als Gast des türkischen Präsidenten Recep T. Erdogan teil. Das Treffen der beiden Staatsoberhäupter fand unter Ausschluss der Presse statt und dauerte eine Stunde. Akinci, der eine Rede vor dem Kongress hielt, führte am Rande des Kongresses Gespräche mit den Staatsoberhäuptern Russlands, Venezuelas und Aserbaidschans, welche ebenfalls am Kongress teilnehmen.

Gesundheitsminister Faiz Sucuoglu traf sich in Ankara mit dem türkischen stellvertretenden Ministerpräsidenten für Zypernfragen, Tugrul Turkes, und seinem türkischen Amtskollegen Recep Akdag. Sucuoglu gab bekannt, dass Turkes und Akdag die „TRNZ“ demnächst für weitere Konsultationen hinsichtlich des Gesundheitswesens und des Baus eines neuen Krankenhauses in Nikosia besuchen werde. Er gab auch den Besuch einer Delegation des türkischen Gesundheitsministeriums Anfang Oktober bekannt, um Vorbereitungen für die geplanten Neubauten der Krankenhäuser in Morfou und Trikomo/Iskele zu treffen.

Der stellvertretende türkische Premierminister Veysi Kaynak besuchte für einen Tag den Norden der Insel, um an der Eröffnungsfeier des Hala Sultan Symposiums teilzunehmen und um türkisch-zypriotische Politiker, wie Präsident Akinci und Premierminister Ozgurgun, zu treffen.

Der türkische Minister für Verkehr, Schifffahrt und Kommunikation, Ahmet Arslan, besuchte den Norden, um mit seinem Amtskollegen eine Absichtserklärung über die Zusammenarbeit in einer Reihe von Projekten zu unterzeichnen. Er nahm auch an mehreren Grundsteinlegungen, unter anderem für den Bau des neuen Terminals des Flughafens Ercan/Tymbou, teil. Das Gebäude soll in 20 Monaten fertiggestellt sein und bis zu fünf Millionen Passagiere jährlich abfertigen können. An dem Bau des Projekts ist das türkische Unternehmen A&T Airport Management and Construction, beteiligt, welches auch den Flughafen betreibt.

Tugrul Turkes kam für einen dreitägigen Arbeitsbesuch zwischen dem 18. und 20. Oktober nach Nikosia. Turkes besuchte einige Regierungsvertreter wie z.B. Präsident Akinci, Premierminister Ozgurgun und dessen Stellvertreter Denктаş. Nach seinem Treffen mit Akinci betonte Turkes zum wiederholten Male, dass die Türkei Akinci bei seinen Bestrebungen zur Findung einer umfassenden Lösung des Zypernproblems unterstütze. Am letzten Tag des Besuchs hielten Turkes, Ozgurgun und Denктаş eine gemeinsame Pressekonferenz ab. Denктаş erklärte, dass eine Reihe von Fragen mit der Besucherdelegation angesprochen worden seien, welche sieben bis acht Ministerien betroffen hätten, und, dass der Besuch äußerst erfolgreich im Hinblick auf eine Intensivierung der Zusammenarbeit beider Länder gewesen sei. Man wolle die Schritte zur Überwindung administrativer Hindernisse beschleunigen. Turkes für seinen Teil sagte, dass man in den meisten Fragen übereinstimme und es keine kontroversen Themen gebe.

Am 20. Oktober wurde in Ankara ein Protokoll über den Neubau des Zentralgefängnisses von dem türkisch-zypriotischen Innenminister Kutlu Evren und dem türkischen Justizminister Bekir Bozdogan unterzeichnet. Während der offiziellen Unterzeichnung erklärte Bozdogan, dass je ein Gefängnis für den offenen und geschlossenen Vollzug gebaut werde. Bei seiner Ankunft in Zypern gab Evren bekannt, dass man in Nikosia und Kyrenia bis spätestens Februar 2017 ein Überwachungskamerasystem zur Verbesserung der öffentlichen Sicherheit installieren werde. Er fügte hinzu, dass zusätzlich zu den 16 für die Gemeinden bereits zugesicherten Fahrzeugen weitere Fahrzeuge und Maschinen angeschafft worden seien. Des Weiteren habe man sich auf zusätzliche Unterstützungen und weitere Kooperationsprojekte geeinigt.

### **Innenpolitische Entwicklungen**

Die stärkste Oppositionspartei CTP (Republican Turkish Party) wird am 13. November ihren 26. Parteikongress abhalten. Der einzige Kandidat für den Posten des Parteivorsitzenden ist der derzeitige Generalsekretär Tufan Erhurman. Insgesamt 109 Kandidaten bewerben sich für die 75 Mitglieder starke Parteiversammlung. Nach den letzten Änderungen des Parteistatuts sollen 40% der Mitglieder der Parteiversammlung weiblichen Geschlechts sein.

Eine neue Partei mit dem Namen „Wiedergeburtspartei“ wurde kürzlich gegründet. Die Mehrzahl der Gründungsmitglieder sind Festlandtürken.

Die Vereinigung für eine saubere Gesellschaft (Toparlaniyorus, was so viel wie „Wir reißen uns zusammen“ bedeutet) verklagte die Regierung. Diese hatte 17 Mercedes gekauft, um die Fahrzeugflotte der Regierung zu erneuern. Die Klage basiert auf der Anschuldigung, dass der Kauf ohne ein vorheriges öffentliches Vergabeverfahren getätigt worden sei. Der stellvertretende Premierminister Serdar Denktaş sagte vor Gericht, dass die Regierung das Recht habe Fahrzeuge ohne ein öffentliches Vergabeverfahren zu kaufen und fügte hinzu, dass er ja, „auch Porsche hätte kaufen können.“

### **Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften**

Ein viertägiger Warnstreik gegen den Personalmangel an den Bezirksgerichten von Nikosia und Kyrenia legte die Gerichte lahm. Die Gewerkschaften drohten mit einer kompletten Arbeitsniederlegung, falls es keine Reaktion von Seiten der Regierung gebe. Laut Gewerkschaften fehlte es an Gerichtsdienern für die reibungslose Arbeit der Gerichte. Obwohl man die Regierung seit langem darauf hinweise, habe die Regierung keine festen Zusagen gemacht. Der Vorsitzende der Gewerkschaft Kamu-Is, Sami Dilek, teilte gegenüber Journalisten mit, dass die Gerichtsdienere nicht mit den Anforderungen von Seiten der Richter mithalten könnten und die Richter wiederum keine richtige Hilfe bekämen. Der Sekretär der Gewerkschaft KTAMS, Devrim Barcin, sagte auf einer gemeinsamen Pressekonferenz aller betroffenen Gewerkschaften, dass die Gerichte seit vier Tagen nicht arbeiteten und sich kein Regierungsvertreter darum gekümmert habe. Er

fügte hinzu, dass die Gerichte im Jahr 1992 3.000 Fälle bearbeitet hätten. Heutzutage versuche man mit der gleichen Anzahl von Beschäftigten 23.000 Fälle zu bearbeiten.

## 5. FES Zypern Veranstaltungen

### November

**Donnerstag, 03.11.2016, 9:45-17:45**

PCC/FES  
Konferenz

**Cyprus-Greece Relations:  
A Beyond-the-Stereotype Overview**

Centre for Visual Arts and Research (CVAR)  
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



**Donnerstag 03.11.2016, 12:00-17:00**

**Freitag 04.11.2016 8:45-13:00**

World Vision/FES  
Workshop, Konferenz

**Paths Towards Sustainable Peace Building  
United Nations Security Council Resolution  
(UNSCR) 1325 into the Cyprus context**

**Donnerstag:** Home for Cooperation, CCMC,  
Ledra Palace, UN Pufferzone, Nikosia, Zypern

Nicht-öffentliche Veranstaltung

**Freitag:** EU House  
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



**Freitag 11.11.2016 – Sonntag 13.11.2016**

FES  
Seminar

**Journalistenseminar**

CCMC, UN Pufferzone,  
Nikosia, Zypern

Nicht-öffentliche Veranstaltung



**Samstag 19.11.2016 und Sonntag 20.11.2016**

Enorasis/ FES  
Workshop

**12th Annual Friendship Weekend**

Forest Park Hotel,  
Platres, Zypern

Öffentliche Veranstaltung



**Montag 21.11.2016**

PRIO Cyprus Centre/Atlantic Council/FES  
Konferenz

**Energy Conference**

Chateau Status, UN Pufferzone  
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung

**Samstag 26.11.2016**

PRIO Cyprus Centre/FES  
Konferenz

**Return, Remembering, Reconciliation.  
Lessons to be Learned**

Home for Cooperation, UN Pufferzone  
Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung

**Freitag 25.11. – Sonntag 27.11.2016**

IKME / BILBAN / FES  
Workshop

**A practical Guide to implement Federal Cyprus**

Aqua Mare Hotel  
Paphos, Zypern

Nicht-öffentliche Veranstaltung

Dezember

--- keine Veranstaltungen ---

**Impressum:****Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)**

Büro Zypern  
Stasandrou Str. 20, Apt. 401  
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336  
Email: [office@fescyprus.org](mailto:office@fescyprus.org)  
Web-Seite: [www.fescyprus.org](http://www.fescyprus.org)  
Facebook: [www.facebook.com/FEScyprus](http://www.facebook.com/FEScyprus)

**Text:**

Hubert Faustmann, Yiannis Charalambous,  
Sertac Sonan, Grigoris Ioannou, Ute Ackermann-  
Boeros und Sophia Papastavrou

**Übersetzung:**

Ute Ackermann-Boeros und Hubert Faustmann

**Layout:**

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) monatlichen Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:

Christiane Paparoditi [fespaparoditi@gmail.com](mailto:fespaparoditi@gmail.com)